

Was wir wählen

Positionen der CDU/CSU zu zentralen Herausforderungen in Natur und Umwelt

Stand: 10. August 2017

Am 24. September 2017 wird ein neuer Bundestag gewählt, der unser Leben, die Politik und die Gesetzgebung die nächsten vier Jahre prägen wird. Es muss noch viel passieren, damit die Klimakrise gestoppt, der Verlust der Artenvielfalt aufgehalten und die Luft sauberer wird, damit mehr Flüsse wieder ihrem natürlichen Flusslauf folgen können, die Gewässer nicht leergefischt, die Böden nicht verseucht werden – und wir keine gefährlichen Chemikalien mehr in den Produkten haben, die wir kaufen. Der BUND hat konkrete Forderungen an die neue Bundesregierung. Bei welcher Partei besteht die Chance, dass diese Teil des zukünftigen Regierungsprogramms werden?

Wir haben uns die Wahlprogramme der Parteien vorgenommen und weitere Stellungnahmen der jüngsten Zeit ausgewertet, um uns dieser Frage zu nähern.

„Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.“ – Regierungsprogramm von CDU/CSU

Zusammengefasst: CDU/CSU gehen davon aus, dass Wohlstand und Lebensqualität wesentlich vom stetigen und nachhaltigen Wachstum der Wirtschaft abhängen. Umwelt und Klima, Natur und Gesundheitsschutz spielen demzufolge im Regierungsprogramm eine deutlich nachgeordnete Rolle.

Die Union bekennt sich zum Klimaschutz, zum Ausstieg aus der Atomenergie und zur Fortführung der Energiewende. „Dirigistische staatliche Eingriffe“ werden jedoch abgelehnt, stattdessen setzt die Union auf marktwirtschaftliche Instrumente und neue Technologien. Wie diese konkret ausgestaltet werden sollen, erläutert die Union in ihrem Regierungsprogramm nicht.

Natur, aber auch der Schutz des Wassers haben im Regierungsprogramm kaum einen Stellenwert und werden nur unter dem Blickwinkel der wirtschaftlichen Nutzung in Land- und Forstwirtschaft betrachtet. Dem Titel des Regierungsprogramms „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben.“ wird diese Ausblendung wichtiger Themen mit hohem Handlungsbedarf nicht gerecht.

Im Folgenden erfahren Sie, wie sich die CDU/CSU zu den Forderungen des BUND positioniert:

Was sagt das Regierungsprogramm zu Klimaschutz und Energiepolitik?

Die CDU/CSU bekennt sich grundsätzlich zum Klimaschutz, inklusive dem Abkommen von Paris und dem letztes Jahr beschlossenen Klimaschutzplan 2050 mit nationalen Klimazielen sowie zur Energiewende. Dass das Pariser Klimaabkommen jedoch höhere Klimaziele und mehr Anstrengungen beim Klimaschutz als bisher erfordern, ist für die Union

kein Thema. Insgesamt bleibt sie vage, was ihre Positionen zu konkreten Maßnahmen bei Klimaschutz und Energiewende angeht.

Als Zielsetzung für die Regierungspolitik formuliert sie, dass „ein Wirtschafts- und Industrieland wie Deutschland eine langfristig sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung“ braucht. Vor diesem Hintergrund werden die letzten EEG-Reformen positiv gewertet, da durch die marktwirtschaftliche Umgestaltung des Fördersystems die Ausbaukosten drastisch gesunken seien. Bezug wird auf das Thema Sektorkopplung genommen, also auf die künftig verstärkte Verwendung von erneuerbarem Strom in anderen Bereichen wie Wärme und Verkehr. Dafür und für den Klimaschutz reichen die von der Regierung festgelegten Zielkorridore für den Erneuerbaren-Ausbau, für die sich die Union in ihrem Programm lobt, jedoch absolut nicht aus. Die letzte EEG-Reform wird den Erneuerbaren-Ausbau mittelfristig ausbremsen. Ein Problembewusstsein hierfür ist nicht zu erkennen.

Fossile Energien sollen nur weitgehend und nicht, wie notwendig und vom BUND gefordert, vollständig mit „umweltfreundlichen Energien“ ersetzt werden. Immerhin erwähnen CDU/CSU in ihrem Regierungsprogramm den „langfristigen Ausstieg aus der Braunkohle“, der parallel zum Strukturwandel erfolgen müsse. „Langfristig“ und nur ein „Ausstieg aus der Braunkohle“ sind klimapolitisch aber nicht einmal die halbe Miete: Aus Sicht des Klimaschutzes braucht es dringend den zügigen Ausstieg aus Braun- und Steinkohle.

Um die Energiewende zum Erfolg zu führen, fehlen im Regierungsprogramm zudem mit Energieeinsparung und Energieeffizienz entscheidende Bereiche. Sie werden mit keinem Wort erwähnt, sind jedoch die Voraussetzung für eine naturverträgliche und relativ kostengünstige Energiewende.

CDU/CSU bekennen sich zum Atomausstieg bis 2022 und zum beschlossenen Standortauswahlgesetz. Mit der Feststellung, man habe mit dem Atomausstieg 2011 eine „jahrzehntelange Debatte zu einem versöhnlichen Abschluss gebracht“, schönt die Union ihren eigenen Beitrag vor dem Hintergrund der zwischenzeitlichen Laufzeitverlängerungen unter schwarz-gelb in 2010 aber deutlich. Der BUND kritisiert, dass sich im aktuellen Regierungsprogramm keinerlei Aussagen über die zukünftige Atompolitik, etwa zu den Sicherheitsproblemen der Zwischenlagerung oder zur Urananreicherungsanlage in Gronau finden.

In der Verkehrspolitik, der sogar zwei Kapitel gewidmet sind, setzt die Union weiter auf das Auto. Eindeutige Prioritäten für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel fehlen. Sie sieht Lösungen für Verkehrsprobleme in der Verknüpfung der Verkehrsträger, der Digitalisierung und vor allem in Instandsetzung und Ausbau des bestehenden Straßennetzes. Den neuen Bundesverkehrswegeplan, vom BUND wegen der Ausrichtung auf klimaschädlichen Verkehr kritisiert, sieht die Union als hervorragende Grundlage für den weiteren Ausbau der Infrastruktur. „Wo immer möglich und vertretbar“ wollen CDU/CSU die Dauer von Planungsverfahren durch Entbürokratisierung verkürzen. Dazu soll ein Planungsbeschleunigungsgesetz verabschiedet, die Klagemöglichkeiten bei Ersatzneubauten beschränkt und für besonders wichtige Projekte die Planungs- und Genehmigungsverfahren in Anlehnung an die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit verkürzt werden. Grundsätzlich ist auch der BUND für eine Planungsbeschleunigung, aber nur unter der Voraussetzung, dass die Bürger*innen frühzeitig und umfassend beteiligt, Alternativen ausreichend geprüft und Projekte klar am Bedarf einer Bundesnetzplanung priorisiert werden. Investitionen müssen sich auf Erhaltung, Erneuerung, Engpassbeseitigung und Netzkomplettierung konzentrieren.

Mit dem Blick auf den Dieselskandal und die Belastung der Menschen durch Stickoxide und Feinstaub verspricht die Union zwar, die Gesundheit und die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger umfassend zu schützen. Mit den vorgeschlagenen Instrumenten ist das Ziel, die europäischen Normen bis 2020 einzuhalten, jedoch nicht zu erreichen. Denn Fahrverbote für bestimmte Fahrzeugtypen lehnen CDU und CSU generell ab und auch der Diesel wird weiterhin als wichtige Option zum Klimaschutz gesehen. Die individuellen Reduktionspläne für jede der betroffenen Städte, die die Union zur Lösung der Luftbelastung einführen will, gibt es längst. Sie heißen Luftreinhaltepläne und sind leider in fast allen Fällen unzureichend. Ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen lehnt die Union ab.

Die Luftfahrt als einer der Verkehrsträger, der noch immer Zuwächse bei den CO₂-Emissionen hat, wird nur kurz erwähnt. Kein Wort beispielweise von einem Luftverkehrskonzept, das Kurzstreckenflüge auf die Schiene verlagert.

Auch bei den Häfen setzt die Union offenbar nicht auf Kooperation zwischen den Häfen sondern auf Modernisierung und Digitalisierung, damit diese „leistungsstarke Drehscheiben im globalen Wettbewerb bleiben.“ Feinstaub- und Stickoxidemission bei See- und Binnenschifffahrt bleiben außen vor. Es fehlt zudem ein klares Bekenntnis zur Wasserrahmenrichtlinie und gegen den unwirtschaftlichen Ausbau und die unwirtschaftliche Unterhaltung von Wasserstraßen.

Was sagt das Regierungsprogramm zu tier- und umweltgerechte Landwirtschaft?

*Duktus und Umfang des Landwirtschaftskapitels machen deutlich: Agrarpolitik ist und bleibt für die Union Politik für die Landwirtschaftslobby. Die Interessen von Verbraucher*innen, Umwelt und Tierschutz werden ebenso ignoriert wie die dringenden Empfehlungen aus der Wissenschaft zum Umbau der Tierhaltung oder Reform der EU-Agrarpolitik. Bei der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik stehen CDU und CSU für Kontinuität und die Beibehaltung des 2-Säulen-Modells. Sie treten „auch nach 2020 für die Fortführung der Direktzahlungen ein“. Der BUND hingegen fordert im Sinne des Erhalts unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie einer bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik und eine Bindung der öffentlichen Zahlungen an die Erbringung konkreter öffentlicher Leistungen.*

„Durch eine Nutztierhaltungsstrategie, die das Tierwohl stärker berücksichtigt,“ will die Union „die gesellschaftliche Akzeptanz herstellen und die Investitions- und Planungssicherheit für Betriebe erhöhen“. Dies ist zwar ein erster Schritt in Richtung des vom BUND geforderten grundlegenden Umbaus der Tierhaltung, Konkretisierungen bleiben CDU und CSU aber auch hier schuldig. Allerdings legt der Verweis von CDU/CSU darauf, dass weitere Verbesserungen im Tierschutz als grenzüberschreitende Herausforderungen begriffen und einheitliche Standards in der EU angestrebt werden, nahe, dass ein ambitioniertes Vorgehen von der Union nicht zu erwarten ist. Die Union will an der Einführung eines (freiwilligen) staatlichen Tierwohllabels festhalten, der BUND hingegen fordert eine Pflichtkennzeichnung analog zur bekannten Eierkennzeichnung für alle tierischen Produkte.

Immerhin bekennt sich die Union mit der Aussage „Die konventionelle und die ökologische Landwirtschaft stehen für uns nicht im Gegensatz und werden beide zielgerichtet gefördert“ zum Status quo der Ökolandbauförderung. Eine stärkere Unterstützung der Weiterentwicklung der ökologischen Landwirtschaft, wie der BUND sie fordert, ist von ihr jedoch nicht zu erwarten. Im Regierungsprogramm fehlt zudem eine klare Aussage zur Agro-Gentechnik. Die Forderungen nach Erarbeitung einer „Biotechnologie-Agenda“ lassen jedoch nichts Gutes für die Gentechnikfreie Landwirtschaft und den Umgang mit den sogenannten „neuen Gentechniken“ vermuten. Der BUND tritt dafür ein, dass auch diese neuen Methoden dem Gentechnikrecht unterliegen und eine umfassende Risikoprüfung durchlaufen müssen.

Zu Pestiziden und Überdüngung verlieren CDU und CSU in ihrem Regierungsprogramm kein Wort. Der überfällige Änderungsbedarf zum Schutz von Artenvielfalt und Umwelt wird tot geschwiegen. Entsprechend hat sich Bundeskanzlerin Merkel auf dem Deutschen Bauerntag auch positiv zu einer Zulassungsverlängerung für Glyphosat geäußert.

Was sagt das Regierungsprogramm zum Verbot riskanter Chemikalien und Technologien?

*Zum Schutz vor Umwelt und Verbraucher*innen vor riskanten Chemikalien äußern sich CDU/CSU nicht. Die Chemieindustrie wird nur im Zusammenhang mit der Sicherung von Arbeitsplätzen thematisiert. Eine Sorgfaltspflicht oder Unternehmensverantwortung wird nicht erwähnt. Prinzipiell sieht die Union keine Veranlassung Bürger*innen und Umwelt besser vor riskanten Chemikalien zu schützen. Die Minimierung der Belastung von Mensch und Umwelt vor so genannten „hormonellen Schadstoffen“ gehört jedoch zu den Zielen des EU-Umweltaktionsprogramms 2020. Daher fordert der BUND nationale Schutzmaßnahmen im Rahmen eines ressort-übergreifenden Regierungsprogrammes „Umwelt und Gesundheit“. Im ersten Schritt sollte ein EU-weites Verbot des prominentesten Vertreters Bisphenol A in Lebensmittelkontaktmaterialien umgesetzt und weitere Zulassungen von besonders besorgniserregenden hormonellen Schadstoffen, wie den Phthalat-Weichmachern DEHP, DBP, BBP und DIBP, in verbrauchernahen Produkten ver-*

hindert werden. Als größte Chemienation Europas und weltweit viergrößter Chemiestandort trägt Deutschland hier eine besondere Verantwortung.

Das Thema Digitale Infrastruktur und damit den Ausbau von schneller Breitband- und Mobilfunkversorgung hält die Union für zwingend erforderlich. Daher propagiert sie neben dem flächendeckenden Ausbau von modernsten Glasfasernetzen bis 2025 auch eine Erweiterung des Mobilfunkbereichs. Im neuen 5G Mobilfunk-Standard sieht sie die Schlüsseltechnologie der digitalen Transformation, welche „rasch“ bereitgestellt werden soll. Der BUND sieht insbesondere im Ausbau der Glasfasernetze einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Digitalen Infrastruktur für die Bürger*innen, da digitale Kommunikation auch emissionsarm ermöglicht werden sollte. Ein unkritischer Ausbau des Mobilfunks wird, in Hinblick auf die somit stetig anwachsende Strahlenbelastung, dem Vorsorgeprinzip nicht gerecht. Wichtig wäre eine Minimierung durch die Förderung von emissionsarmen Übertragungstechniken sowie der Schaffung von funkfreen Zonen insbesondere im öffentlichen Raum (zum Beispiel im ÖPNV), um beispielsweise auf sensible Personengruppen Rücksicht zu nehmen.

CDU/CSU zeigen eine grundsätzlich unkritische Sichtweise beim Einsatz von „neuen“ Technologien, so lassen sich „[...] die großen Umweltprobleme,[...] nur durch den Einsatz modernster Technologie lösen.“ Zu dem für den BUND wichtigen Thema Nanotechnologien findet sich keine Positionierung im Regierungsprogramm. Hier wäre in Hinblick auf das Vorsorgeprinzip, zum Beispiel bei verbraucher*innennahen und umweltoffenen Anwendungen sowie bezüglich der Transparenz und Registrierung existierender Anwendungen, ein kritischer Ansatz wünschenswert.

Was sagt das Regierungsprogramm zur Bewahrung natürlicher Lebensräume?

Auch wenn die Union die Probleme von Natur und Artenschutz im Regierungsprogramm global korrekt benennt, werden Naturschutz und der Erhalt natürlicher Lebensräume vor Ort nur im Kontext ihrer Nutzung betrachtet. Das Regierungsprogramm hat hier gravierende Lücken, selbst in den Bereichen die die Union in dieser Legislaturperiode selbst mit vorangebracht hat, wie das „Blaue Band“ und das „Nationale Naturerbe“. Es fehlt ein klares Bekenntnis zur nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, der Fortführung der bestehenden Naturschutzförderung, zu Wildnis und zur Grünen Infrastruktur, selbst zum Grünen Band und damit zum zentralen Beitrag Deutschlands für die ökologische Vernetzung Europas.

Zum Artenschutz führt die Union im Landwirtschaftskapitel aus, dass dieser „wichtig und unverzichtbar“ sei. Im Anschluss relativiert sie: „Um Fehlsteuerungen zu verhindern, soll der Schutzstatus von Tieren und Pflanzen allerdings im Lichte der Populationsentwicklung regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden.“ Damit öffnet sie die Tür für Bestandseingriffe bei Wolf, Kormoran, Biber und Co.. Konkrete Vorschläge, wie der Bedrohung der biologischen Vielfalt weltweit und in Deutschland begegnet werden kann, liefern CDU und CSU hingegen nicht. Auch die Stärkung der Artenkenntnis als Grundlage des Artenschutzes fehlt vollständig.

Zwar verpflichtet sich die Union – wiederum im Landwirtschaftsteil – dazu, den Flächenverbrauch einzudämmen, allerdings will sie das Problem nicht an der Wurzel packen. Während sie an anderen Stellen im Programm neue Straßen und neues Bauland verspricht, soll zur Eindämmung des Flächenverbrauchs lediglich das Ausgleichsflächensystem reformiert und vereinfacht werden. „Dabei wollen wir, dass der Eingriff in die Natur, wo immer angemessen, nicht durch zusätzliche Flächenstilllegung, sondern finanziell kompensiert wird“. Statt die wirklichen Ursachen des Flächenfraßes anzugehen, soll die reale Kompensation von Eingriffen in die Natur einem rein finanziellen Ablasshandel weichen. Dies wird übrigens vom Deutschen Bauernverband seit Jahren gefordert.

Auch bei den Wäldern steht die Nutzung im Sinne einer nachhaltigen Holz- und Rohstoffwirtschaft klar im Vordergrund. Zwar soll dabei nicht auf „zentrale Anliegen des Umwelt- und Landschaftsschutzes“ verzichtet werden, eine Konkretisierung fehlt aber auch hier. Aussagen zu gesetzlichen ökologischen Mindeststandards („Gute fachliche Praxis“) für die Forstwirtschaft, wie sie der BUND für alle Waldbesitzarten fordert, oder ein Bekenntnis zu Naturwäldern finden sich im Regierungsprogramm von CDU/CSU nicht.

Was sagt das Regierungsprogramm über faires Wirtschaften und Ressourcenschonung?

Die Union bekennt sich zum schonenden Umgang mit Ressourcen und zur Umsetzung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Sie ignoriert jedoch die Schattenseite der Globalisierung und hinterfragt mit keiner Silbe, ob eine starke Exportorientierung mit internationalen Lieferketten überhaupt sinnvoll ist, nicht nur vor dem Hintergrund des damit verbundenen Ressourcenverbrauchs und CO₂-Ausstosses, sondern auch mit Blick auf die sozialen Auswirkungen.

*CDU/CSU stellen zwar richtigerweise fest, dass der Prozess der Globalisierung (mehr) Regeln und Standards braucht, es bleibt aber völlig offen, was für Regeln damit gemeint sind. Aus Sicht des BUND wäre es dringend erforderlich, dass Umwelt- und Verbraucher*innenschutzstandards eine stärkere Rolle in Handelsabkommen bekommen. Grundsätzlich müssen jedoch Wirtschaft und Handel im Einklang mit den UN-Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 und dem Pariser Klimaschutzabkommen stehen.*

Die Union bekennt sich erfreulicherweise zur multilateralen Zusammenarbeit, bezieht sich im Anschluss aber dann ausschließlich auf transatlantische Beziehungen und bilaterale Freihandelsabkommen. Es ist zudem bezeichnend dass sie bei der anschließenden Auflistung der internationalen Rahmenbedingungen, in der sie diese Regeln und Standards erreichen will, zu allererst die G7 und die G20 nennt, also die Zusammenarbeit der führenden Industrienationen in den Vordergrund stellt, und dann erst wirklich multilaterale Zusammenarbeit wie die UN und OECD auflistet. Die Welthandelsorganisation wird wiederum gar nicht genannt, dabei wäre sie aus Sicht des BUND der ideale Ort für multilaterale Ansätze in der Handelspolitik. Die Union möchte CETA mit Leben füllen und sie strebt weiterhin auch einen Abschluss der TTIP-Verhandlungen an. Der BUND fordert dagegen die Nicht-Ratifizierung von CETA und den endgültigen Verhandlungsstopp bei TTIP. Die CDU spricht sich gegen unfaire Handelspraktiken aus, sagt aber nicht was damit gemeint ist. Aus Sicht des BUND sind solche Handelspraktiken unfair, die Umwelt, Natur und Menschen gefährden. Deshalb fordern wir, dass es endlich entsprechende (einklagbare) Pflichten für internationale Konzerne geben soll.

Eine stringente Umsetzung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie würde für den BUND die Festlegung von verbindlichen Zwischenzielen und wirksamen Maßnahmen voraussetzen. Nur die Beachtung der Grenzen des Wachstums und eine absolute Reduktion unseres Ressourcen-, Energie- und Flächenverbrauchs kann dazu beitragen, die Ziele umzusetzen. Derartige Überlegungen finden sich bei der Union jedoch nicht, vielmehr sind „Umwelt und Klimaschutz“ zu „Wachstum und Wohlstand“ grundsätzlich keine Gegensätze.

Eine Betrachtung der für ein nachhaltiges Wirtschaften auch in Deutschland notwendigen Aspekte der Abfallvermeidung und der Etablierung einer zukunftsfähigen ressourcenschonenden Kreislaufwirtschaft (circular economy) in Deutschland und Europa fehlt vollständig. Somit finden sich auch keine an Hersteller gerichteten Anforderungen zur Entwicklung und Gestaltung von ressourcenschonenden, langlebigen und recyclingfähigen Produkten.

Die Spitzenkandidatin

Dr. Angela Dorothea Merkel ist ehemalige Umweltministerin und seit dem 22. November 2005 amtierende Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Angela Merkel galt bis 2010 als Befürworterin der zivilen Nutzung von Kernenergie, der Stromgewinnung in Kernkraftwerken. In öffentlichen Äußerungen des Jahres 1997 findet sich auch die Forderung nach einer jährlich steigenden Abgabe auf Energieträger wie Öl, Gas und Strom (Ökosteuer). Zwischenzeitlich erwarb sich Merkel in den Jahren 2006/07 den Ruf als „Klimakanzlerin“, dank ihres Engagements für Klimaziele auf europäischer und internationaler Ebene, während der tatsächliche Stellenwert ihrer Klimapolitik seither wieder sank.

Kontakt und weitere Informationen:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Bundesgeschäftsstelle

Olaf Bandt

Bundesgeschäftsführer Politik und Kommunikation

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

Tel. (0 30) 2 75 86-438

olaf.bandt@bund.net

www.bund.net